

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.02.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.01.2006
4. Vorstellung des neu gewählten Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale)
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Teilnehmer und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses herzlich.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wird von der Ausschussvorsitzenden Frau Ute Haupt festgestellt.

Frau Szabados und die Mitglieder des Ausschusses gratulieren Frau Ute Haupt herzlich zum Geburtstag.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Die vorliegende Tagesordnung wird angenommen.

Beschluss:

zugestimmt

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 19.01.2006**

Wortprotokoll:

Der Niederschrift vom 19.01.2006 wird zugestimmt.

Herr Dr. Yousif bittet um Korrektur folgender Druckfehler: S. 3 Abstimmungsergebnisse und S.4 sachkundige Einwohner.

Beschluss:

zugestimmt

zu 4 **Vorstellung des neugewählten Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale)**

Wortprotokoll:

Herr Dr. Diaby wird als Vorsitzender des Ausländerbeirates von **Frau Szabados** vorgestellt und herzlich begrüßt.

Frau Szabados gibt eine Einführung. Am 21. und 28. November 2001 fand in der Stadt Halle (Saale) die erste Wahl eines Ausländerbeirates (ALB) statt. 5 713 Personen waren aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wahlberechtigt war, wer, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, seit mindestens 6 Monaten seine Hauptwohnung in der Stadt Halle (Saale) inne hatte, am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hatte und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen war. Wahlberechtigt auf Antrag waren außerdem, ausländische Staatsangehörige, die daneben die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und Eingebürgerte. Die Mitglieder des Ausländerbeirates wurden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

An der Wahl nahmen 511 Wähler teil, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 8,9 %.

Es wurden 9 Personen mit 8 Nationalitäten gewählt. Dazu gehören fünf Frauen und vier Männer. Vorsitzender ist Herr Dr. Karamba Diaby.

Auf Basis eines Stadtratsbeschlusses wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und dem ALB abgeschlossen.

In einem anschließenden Beitrag von **Herrn Dr. Diaby** dankt er für die enge Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten Frau Schneutzer und Frau Fasshauer vom Fachbereich Soziales.

Herr Dr. Diaby beschreibt die Arbeitsweise und Arbeitsstand des ALB. Dabei weist er insbesondere auf ein nach wie vor ungelöstes Problem hin. Die zu langen Wartezeiten in der Ausländerbehörde. Trotz zeitigen Kommens z.B. 5.00 und 6.00 Uhr erhalten Klienten zum Teil keinen Termin.

Frau Szabados sind Probleme in diesem Bereich bekannt, sie sagt ihre Mitwirkung an einer Verbesserung zu.

In der anschließenden Diskussion wurden die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Es wurde verdeutlicht, dass die Förderung in Höhe von 5.000 € an den ALB durch die Stadt, auf Basis einer geschlossenen Vereinbarung beruht (laut Stadtratsbeschluss vom 24.03.1999). Der Vorstand des ALB ist dabei, obwohl kein e.V., vertretungsberechtigt. Die Vereinbarung wird dem Protokoll beigelegt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

keine

zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Wortprotokoll:

keine

zu 7 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Frau Dr. Schwarzer informiert zum aktuellen Sachstand „Geflügelpest“. Die aktuelle Situation ist ein Problem in der Tierseuchenbekämpfung.

Ein Merkblatt zur Aufstallungsverordnung wird allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgeteilt. Dieses Merkblatt wird in Durchsetzung der verordneten Aufstallungspflicht an die Halter von Nutzgeflügel verteilt. Einzige Ausnahme besteht wieder für die Zootiere in Halle.

Als Vorsichtsmassnahme empfiehlt **Frau Dr. Schwarzer** das Fernhalten von Wildvögeln und tote Wildvögel sollen nicht angefasst werden.

Herr Dr. Wilhelms weist darauf hin, dass es bisher keinen bekannten Fall der Mensch zu Mensch Übertragung gibt. Es handelt sich bei der Geflügelpest um eine Tierseuche. In Sachsen-Anhalt existiert ein fast fertig gestellter Pandemieplan. Im Land sind antivirale Medikamente für den Fall einer Pandemie für ca. 6% der Bevölkerung zur Therapie eingelagert. In der Stadt Halle (Saale) sind im Ernstfall, sechs Krankenhäuser mit Versorgungsauftrag.

Frau Dr. Schwarzer beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder. Dabei betont Sie, dass es wichtig ist nur sachlich fundierte Informationen in die Öffentlichkeit zu geben.

Frau Szabados informiert zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften (ARGE) nach § 44 b SGB II.

Ein fraktionsübergreifender Antrag soll im März in den Stadtrat eingebracht werden. Die entscheidenden Voten werden im Vorfeld vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und Ausschuss für Finanzen, städtische Teilnehmungsverwaltung und Liegenschaften erfolgen. Die Vorlage dazu ist fertig gestellt und beinhaltet, dass die Stadt Halle das entscheidenden Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung und damit die Führerschaft in der ARGE übernimmt.

Frau Runde möchte wissen wohin sich behinderte Menschen mit SGB II Anspruch wenden können.

Frau Szabados informiert, dass es keine gesonderten Anlaufstellen gibt, da es generell um die Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit geht und kein Unterschied zwischen Behinderten und Nichtbehinderten Menschen gemacht wird. Ihrer Erfahrung nach funktioniert dieses inzwischen reibungslos.

Frau Tomczyk-Radji fragt die Bürgermeisterin, warum die Mittelabschöpfung vom Land Sachsen-Anhalt (LSA), für die Aktivierung von SGB II Empfängern, nicht in vollem Umfang erfolgt ist?

Frau Szabados erklärt dazu, dass im ersten Quartal des Jahres 2005, das Hauptaugenmerk auf der Existenzsicherung lag. Alle Beteiligten, auch die Unternehmen mussten sich einzustellen. Dies ist ein Prozess der Zeit braucht.

Die vom LSA angeforderten Finanzmittel müssen mit Maßnahmen unterlegt sein. Der Sinn ist die Aktivierung von SGB II Empfängern. Obwohl tatsächlich bereitgestellte Mittel nicht zu 100% ausgegeben werden konnten, ist die geforderte Aktivierungsquote in der ARGE Halle erreicht worden.

Frau Szabados spricht sich noch einmal gegen Maßnahmen „um jeden Preis“ aus.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
